



Nr. 540. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 17. November 1880.

Die Chancen des Friedens.

Unser Berliner # Correspondent schreibt:

Die Vorgänge in Paris werden hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, man erblickt in ihnen ein Zeichen, wie wenig bestigt doch noch die Zustände in Frankreich sind. Die großen Anstrengungen, welche in leichter Zeit die Legitimisten gemacht haben, die Bewegung, welche in Folge der Spaltung der Klöster eingetreten, haben einen bedenklich hohen Grad erreicht und zu leidenschaftlichen Ausbrüchen geführt. Andererseits treten auch die Radikalen und Communisten wieder in einer so präoncierten Weise auf, dass eben daraus hervorgeht, welch bedeutenden Anhang sie doch noch im Volk besitzen und welchen Hoffnungen sie sich hingeben. Dazu kommt nun noch die Ministerkrise, welche zwar diesmal noch günstig verlaufen ist, welche aber doch zeigt, wie leicht sich die Situation in Frankreich ändern kann. Man sieht hier die Schuld dieser Ministerkrise vorzugsweise auf Gambetta, indem man wissen will, dass derselbe mit dem Verhalten des Ministeriums, namentlich in der äußeren Politik unzufrieden sei; besonders sibel aber hat er es vermerkt, dass Barthélémy de St. Hilaire ihn beinahe ganz ignoriert, in Beziehung auf die äußere Politik nicht um Rath fragt und sich noch mehr Deutschland zuneigt und ein noch grösseres Gewicht aus gute Beziehungen zu Deutschland legt als Freycinet und Waddington gethan. Andererseits konnte sich aber auch Gambetta nicht verborgen, dass im jetzigen Moment eine Veränderung des Ministeriums verderbliche Folgen nach sich ziehen könnte, weil die Parteidiensthaften in Frankreich wieder in so hohem Grade entzündet sind, und dass die europäische Constellation und die ganze auswärtige Politik einer Ministerveränderung jetzt durchaus ungünstig sind. Denn die Gegner Gambetta's und ein großer Theil der Bevölkerung Frankreichs, und selbst die gemäßigten Republikaner verborreesciren entschieden jede kriegerische Eventualität, weil sie wissen, dass jeder unglückliche Ausgang einer solchen Politik nicht nur für Gambetta, sondern für die republikanische Regierung selbst in hohem Grade verhängnisvoll werden müsste. Dies sind die Gründe, welche man hier als maßgebend dafür ansieht, dass sich die letzte Krise wieder friedlich beigelegt und Gambetta sich nur mit einem Schredschuss begnügt hat. Man hat sich daher auch hier durch die Sache nicht irritirt oder ihr für den Moment eine grössere Bedeutung beigelegt. Die im Allgemeinen friedliche Situation und das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf die orientalische Frage, dem sich auch Österreich anschliesst, hat ohne Zweifel die gute Wendung in dieser Frage herbeigeführt, welche nun constatirt werden kann und welche darin besteht, dass England vollkommen isolirt ist und Gladstone seine kriegerischen Pläne für den Augenblick aufgegeben hat. Die Erklärungen, welche der englische Botschafter Lord Udo Russell Gladstone überbracht hat, waren derart, dass der englische Premier sich überzeugen musste, dass er mit seiner Politik nicht durchkommen und keine Unterstützung von Seiten der continentalen Mächte finden werde. Das ist denn auch aussichtslos durch die Rede Gladstone's beim Lord-Major-Bankett bestätigt worden, in welcher er das bekannte Motto darstellte: Der Starke weicht mutig zurück; er ist nun zu der Einsicht gelommen, dass es durchaus nicht Englands Aufgabe ist, allein für die Durchführung des Berliner Vertrages einzutreten und dass es viel zweckmässiger sei, die Türkei möglichst zu erhalten und zu kräftigen. Diese Erklärungen ergänzen sich auch mit denen des Baron Haymerle und beweisen, dass die Friedenspolitik, welche der Reichskanzler besucht hat, das Übergewicht über die kriegerische Politik Gladstone's gewonnen hat. Obgleich nun also Griechenland noch fortwährend rüstet, so ist man hier doch nicht der Ansicht, dass diese Rüstungen in nächster Zeit für den Frieden bedenklich werden könnten, zumal jetzt Deutschland, Österreich und Frankreich in gleich energischer Weise in Aktion wirken, wie sie ihren Einfluss bei der Pforte geltend gemacht haben. Damit hängt nun auch die Sendung des Herrn v. Nadowitz nach Athen zusammen; er soll die Griechen namentlich darauf aufmerksam machen, dass, wenn sie den Krieg mit der Türkei beginnen, sie allein die Verantwortlichkeit zu tragen haben und sich nicht der Hoffnung hingeben dürfen, dass irgend eine europäische Macht ihnen zu Hilfe kommen werde. Da nun die drei continentalen Mächte diesen Standpunkt vertreten, Italien sich ihnen angeschlossen hat, Russland sich auf den Standpunkt des europäischen Concerts zurückgezogen hat und ebenfalls jede Action ablehnt, Gladstone jedes einseitige Vorgehen Englands verhindert und die Verstärkung Englands, für Griechenland einzutreten, nicht anerkennt, so würden die Griechen, falls sie jetzt den Krieg anfangen wollten, auf ihre Kräfte allein angewiesen sein. Unter solchen Umständen glaubt man nicht, dass Griechenland es wagen wird, allein den Kampf zu beginnen; jedenfalls ist der Friede jetzt, mindestens bis zum Frühjahr, gesichert.

Das Arbeiterversicherungsproject des Herrn Baare und die Gemeinden.

Während eine ganze Reihe von schwer belasteten Gemeinden, besonders in den industriereichen preussischen Westprovinzen, bereits eine bedeutende Verbesserung ihrer finanziellen Lage von der durch die jüngste Chronrede war in Aussicht gestellt, aber nicht gerade näher gerückten Überweisung einer Quote der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer erhofft, droht allen Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung eine neue Auflage, die ganz geeignet erscheint, die erachtete Erledigung völlig illusorisch zu machen. Commercierath Baare von Böhmum hat nämlich seinen Gelegenheitsentwurf, den er neulich von einer Konferenz von Industriellen begutachtet ließ, im Vorlaufe veröffentlicht, und aus dem § 10 desselben ergiebt sich, dass ein Viertel der jährlichen Prämien zu der Reichs-Arbeiter-Unfall-Versicherungskasse (auf die sich die Arbeiter-Versicherung des Herrn Baare beschränkt) von denjenigen Gemeinden aufgebracht werden soll, in denen der versicherte Arbeiter seinen Wohnsitz hat. Die Hälfte soll der Unternehmer bezahlen, in dessen Lohn der Arbeiter steht, ein Viertel der Arbeiter selbst und ein letztes Viertel eben die Gemeinde. Nun will Herr Baare, dass die Prämie nach dem Lohnberndienst der Versicherten unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit des Gewerbes, welches sie betreiben, erhoben werde und dass Bergbaus nicht mehr als 1% p.C. des Lohnverdienstes betrage. Man darf davon ausgesehen, dass im Durchschnitt der versicherte Arbeiter nur zehn Pfennige von seinem Wochenocho zu bezahlen habe, also etwa 5 Mark jährlich, eine Berechnung, die gewiss nicht zu niedrig geprägt erscheint. Dennoch muss nun die Gemeinde nach Herrn Baare's Vorschlag für jeden Versicherten zulegen. Beherbergt also eine Industriestadt, wie zum Beispiel Essen, etwa (nach der Gewerbezählung vom Jahre 1875) 20,000 im Groß- und Kleinbetriebe beschäftigte Personen, welche dem Versicherungszwange unterliegen, so muss sie jährlich 100,000 Mark an Beiträgen für die Unfall-Versicherungskasse aus dem Gemeindesädel zulegen. Der Netto-Ertrag der Communal-Besteuerung der Stadt Essen belief sich nach der im vorigen Jahre erschienenen Statistik des Geb. Regierungsrath's Herzfurth über die Einnahmen und Ausgaben, sowie der Vermögens- und Schuldenstand der preussischen Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern auf 841,160 Mark. Derselbe müsste sich also

um 12 p.C. erhöhen, wenn die 100,000 Mark Prämienelder zu den Gemeinde-Ausgaben hinzukämen. Dafür wäre auch dann kein ausreichendes Aequivalent geboten, wenn wirklich die Hälfte der oben genannten Staatssteuern den Gemeinden überwiesen würde. Nach Herzfurth brachte die Stadt Essen im vorigen Jahre 4559 M. Grund- und 63,641 M. Gebäudesteuer auf. Die letztere Ziffer ist selbstverständlich in Folge der Gebäudesteuer-Revision erheblich gestiegen, aber so viel ist doch auch dem Laien klar, dass, wenn der Baare'sche Entwurf wirklich Reichsgesetz werden sollte und andernfalls die preußische Regierung sich in der Lage befände, die halbe Grund- und Gebäudesteuer an die Communen abzuweisen, das für viele Industriestädte nichts Anderes bedeuten würde, als mit der einen Hand doppelt nehmen, was mit der anderen gegeben wurde. Und vielleicht noch schlimmer als die Städte kommen die Landgemeinden um, welche in der Nähe grosser Industrie-Centren gelegen, der billigeren Wohnungs- und Lebensverhältnisse wegen eine starke Arbeiterbevölkerung angezogen haben und nun auf einmal für diese Versicherungsprämien bezahlen sollen. Die Dorfgemeinden in der unmittelbaren Nähe von Berlin würden da besonders hart getroffen werden, wenn sie freilich auch in Folge der Vereicherung vieler ihrer Bewohner durch günstige Bodenverkäufe leichter als andere im Stande sein würden, die vermehrte Last zu tragen. Eindeutiger ist der Entwurf des Herrn Baare noch nicht Gelehrt und man weiß nicht, ob Fürst Bismarck bei der Entrevue zu allen Einzelheiten seine Zustimmung gegeben hat. Sollte der Baare'sche Vorschlag der Vertheilung der Beitragsschuld zu den Jahresprämien aber wirklich von der neuen wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern adoptirt werden, so würden die bedrohten Gemeinden wohl tun, für eine genügende Vertretung ihrer Interessen im Reichstage zu sorgen.

Deutschland.

Berlin, 16. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Maschinen-Ober-Inspector bei den Königlich Sächsischen Staats-Eisenbahnen, Bogenfleiter zu Dresden, den Roten Adler-Orden vierter Classe; dem Transport-Ober-Inspector bei den Königlich Sächsischen Eisenbahnen, Winkler zu Dresden, und dem Königlich bayerischen Major Freiherrn von Hartmann im Generalstabe den Königlichen Kronen-Orden dritter Classe; dem Königlich bayerischen Premier-Lieutenant Cronebold im 1. Ulanen-Regiment, Kronprinz Friedrich Wilhelm des Deutschen Reichs und von Preußen den Königlichen Kronen-Orden dritter Classe; den Schullehrern Stöcklin zu Winzfelden im Kreise Geisweiler und Fuhrmann zu Diemeringen im Kreise Babern das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Müllermeister Beck zu Colmar i. C. die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den Kaufmann Cuno Georg Rudolf Mathies in San Salvador zum Consul daselbst ernannt. Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Präsidenten Bander zu Braunsberg in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Stolp versezt; den Gerichtsassessor Kehler in Berlin zum Staatsanwalt in Elbing ernannt; dem Appellationsgerichts-Rath z. D. Metus in Halle a. S. bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justiz-Rath, dem bei der Gefandtschaft in Stuttgart beschäftigten Geheimen Kanzlei-Rath Knatz den Charakter als Geheimer Hofrat, und dem Rentendanten Martini bei dem Rentamt der Kirchen- und Schulfonds zu Erfurt den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Berlin, 16. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute den Vortrag des Polizeipräsidenten von Madai und demnächst in Gegenwart des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen entgegen. Später hörte Se. Majestät die Vorträge des Chefs der Admiralität, Staatsministers von Stosch, sowie des Generals von Albedyll und empfing den Königlich bayerischen Gesandten von Rudhardt behufs Entgegnahme seines Abberufungsschreibens. (R.-Anz.)

— Berlin, 16. Novbr. [Cardinal Hohenlohe. — Rudhardt's Abschieds-Audienz. — Graf Solms. — Der österr.-ungar. Botschafter. — Die Interpellation in der Judenfrage.] Cardinal Fürst Hohenlohe hat sich heute nach Rauden in Schlesien begeben. Wie es heißt, will er von dort nach Wien gehen, um seinen Bruder zu besuchen. — Erst heute Nachmittag um 2 Uhr hat der frühere bayerische Gesandte von Rudhardt sein Abberufungsschreiben dem Kaiser überreicht. Es heißt, der Kaiser habe den scheidenden Gesandten in besonders huldvoller Weise entlassen. Der Nachfolger Rudhardt's, Graf Lerchenfeld, ist gestern Abend bereits hier eingetroffen. Auch der deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms, verweilt seit gestern Abend in Berlin. — Der österr.-ungar. Botschafter Széchenyi kehrt in 14 Tagen von seinem Urlaub nach Berlin zurück und der erste Botschaftsrath, Baron Passetti, welchem viele Monate hindurch die anstrengende Leitung der Botschafts-Geschäfte oblag, wird alsdann einen vierwöchentlichen Urlaub antreten. — Hinsichtlich der Interpellation in der Judenfrage wird viel darüber gestritten, ob die Regierung den allerdings leicht zu erreichenden Weg einer ausweichenden oder ablehnenden Antwort wählen werde, da die Südkirche-Judenhetz-Petition nur das Reichsgefegebeir berührt, oder ob das Ministerium, wie freilich anderseits bei der hochgehenden Erregung der Gemüther erwartet werden kann, die Gelegenheit wahrgenommen wird, seinerseits die Südkirche-Agitation scharf zu verurtheilen. Wie dem nun auch sei, die Intervallanten sind entschlossen, ihr Vor-gehen nicht im Sande verlaufen zu lassen, sondern dem Hause eine Resolution vorzuschlagen, deren Inhalt noch nicht feststeht, damit das Land erfahre, welche seiner Vertreter ohne Furcht und Scheu den Kampf aufnehmen gegen verrottete Vorurtheile und gegen Attentate auf den gesunden Menschenverstand. Es heißt, am Donnerstag und Freitag sollen keine Sitzungen stattfinden.

— Berlin, 16. November. [Volkswirtschaftsrath.] Die Publication der königlichen Verordnung, die für Preußen den Volkswirtschaftsrath ins Leben ruft, steht morgen zu erwarten.

Frankreich.

— Paris, 13. Novbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Die Magistratur-Reform. — Baudry d'Asson. — Die Memoiren Lucien Bonaparte's. — Zur Affaire de Gissey.] Nachdem die Kammer vier Tage mit dem bekannten Lärm verloren, nimmt sie heute endlich ihre Tagesordnung in Angriff und zwar kommt nach dem Verlangen der äußersten Linken und gegen den Wunsch des Ministeriums zuerst das Magistraturgesetz zur Verhandlung. Mit diesem Gesetze steht es augenblicklich so: Die Commission, der die Vorarbeiten übertragen worden, hat nicht weniger als sieben verschiedene Projekte zu prüfen gehabt. Sie entschied sich an letzter Stelle für den Antrag, die richterliche Unabschärbarkeit ganz aufzuheben, auf unbestimmte Zeit, das heißt so lange, bis die Regierung Zeit gefunden, alle Richterstellen mit Männern zu besetzen, welche die Republik als die rechtmäßige Staatsform anerkennen. Das Mittel schien dem Justizminister als zu radical, und er forderte seinerseits, dass man sich damit begnügen, eine gewisse Anzahl von Richterstellen zu unterdrücken, was ihn in den Stand setzen würde, die Feinde der

Republik allmälig aus der Magistratur auszumerzen. Die Commission wollte darauf nicht eingehen und nach langen Verhandlungen wählte man einen Mittelweg. Das Project geht jetzt dahin, dass eine Anzahl von Richterstellen unterdrückt und die richterliche Unabschärbarkeit blos auf ein Jahr aufgehoben werde. Die Richter, die ihrer Stellen verlustig gehen, sollen natürlich eine entsprechende Pension erhalten. Außerdem wird noch ein Gegenprojekt Beauquier's zur Sprache kommen, welches dahin geht, dass die Richter durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden sollen. Vermuthlich wird aber Beauquier blos in der äußersten Linken hierfür einige Stimmen rekrutieren. Die Richter, die im Interesse der religiösen Orden ihre Entlassung gegeben haben, brauchen um ihre persönliche Zukunft nicht besorgt zu sein. Es könnte sich sogar herausstellen, dass sie unter diesem Gesichtspunkt ein gutes Geschäft gemacht haben, denn die wohlbenenden Eisenbahn-Gesellschaften, Finanzanstalten u. s. w. beeifern sich, den Herren anständige Sinecuren anzubieten und der „Figaro“ spielt dabei die Rolle des Platzierung-Agenten, worauf er sich bekanntlich vortrefflich versteht. — In den Blättern muss noch die große und stürmische Sitzung vom Donnerstag herhalten. Die Gambetta'sche „République“ erweist heute Alfred Naquet die Ehre, seine Rede im stenographischen Text abzudrucken und sie mit äußerst schmeichelhaften Bemerkungen zu begleiten. Herr Naquet, sagt sie, hat in der bedientesten und glücklichsten Weise gesprochen, wie die ganze vernünftige Demokratie denkt und seine Worte werden im Lande den stärksten Wiederhall finden. Dieses Anerkennungszeugnis wird nicht verfehlt, Naquet den Spöttereiern seiner Freunde von der äußersten Linken auszusetzen. Er ist freilich der Mann, sich nicht viel darum zu bemühen. Sicherlich gehört er zu den originellsten Figuren und unabhängigen Persönlichkeiten der jetzigen Kammer und die Wahrheit ist, dass er im vorliegenden Falle durch seinen guten Humor und seine optimistische Auffassung der Dinge außerordentlich viel dazu beigetragen hat, das versinkende Ministerium wieder auf trockenes Land zu bringen. Natürlich bildet auch das Abenteuer Baudry d'Asson's noch einen beliebten Discussionsstoff. Es klingt geradezu komisch, dass die Blätter sich herausnehmen, diesen legitimistischen Don Quijote mit dem Deputirten Manuel zu vergleichen, der in der Restaurationszeit wegen einer freimaurerischen Rede gewaltsam aus der Kammer entfernt wurde. Es war das einer der gehässigsten Gewaltsätze, von denen die parlamentarische Geschichte zu melden hat, während Baudry d'Asson nach den reglementarischen Vorschriften an die Lust gesetzt wurde, weil er durch seine Schimpfrede die Ordnung störte. „Ein Vergleich“, meinen die „Débats“, lässt sich aber doch aufstellen: Dieselbe Partei, welche im Jahre 1823 mit Verachtung aller Gesetze ihre Wuth an Manuel ausließ, protestiert im Jahre 1880 mit der nämlichen Heftigkeit gegen die bloße zeitweilige Ausschließung eines Rebellen, des Schülers des Herren Freppel und Bisaccia. Und diese Partei der moralischen Ordnung schreckt nicht einmal vor einer Emeute gegen die Agenten des Gesetzes zurück. Sie beginnt einen unanständigen Kampf gegen die Soldaten und stößt ein drohendes Gespött aus, das sich der Aufregung außerhalb der Kammer anzuschliessen scheint.“ — Der Oberst Riu, welcher bei der Hinwendung Baudry d'Asson's aus der Kammer die Soldaten befehlte, ist, wie es scheint, in Folge dieser Scene erkrankt, da er von den Mitgliedern der Rechten mit Faustschlägen mishandelt worden ist, und man erzählt, dass ihm insbesondere ein Bonapartist gerade an der Stelle am Kopfe getroffen, wo er im Kriege einen Säbelhieb erhalten hatte. — Die Linke des Senats hat gestern beschlossen, das lebenslängliche Senatormandat, welches durch den Tod des Dr. Broca erledigt ist, dem Kriegsminister Farre anzubieten. — Der Deputirte Collin, einer der Vertreter des Doubs-Departements, ist gestern gestorben. — Die Blätter haben vor einigen Tagen gemeldet, dass der Oberst Jung in den Archiven des Ministeriums des Neuzehnten die Memoiren Lucien Bonaparte's aufgefunden hat. Man erfährt darüber nachträglich Folgendes: Das Manuscript war in einem Zustande, der darauf deutet, dass es seit vielen Jahren von Niemandem berührt worden. Dabei lag eine Notiz, wonach die Memoiren im Jahre 1836 gedruckt worden. Das gedruckte Werk unterscheidet sich nun aber wesentlich von diesem Manuscript und gerade die interessantesten Theile des Letzteren sind darin ausgelassen worden. Dieses neue Document soll nun veröffentlicht werden und wird wahrscheinlich wichtige Aufschlüsse über die Geschichte der Familie Bonaparte liefern. — Der Deputirte Laisant, der Director des „Petit Parisien“, hat bekanntlich nicht nur an die Kammer, sondern auch an den Präsidenten der Republik und die Minister die Forderung gerichtet, den General Gissey in Anklagezustand zu versetzen: Der Ministerrath hat heute beschlossen, ihm eine ablehnende Antwort zu geben. Im Palais Bourbon wählte man heute die Commission für den Antrag, eine Enquête in der Gissey'schen Angelegenheit einzuleiten. Fakt die ganze Commission ist diesem Antrag günstig. — Baudry d'Asson war heute nicht in der Kammer erschienen; man sah ihn melancholisch auf der Place de la Concorde herumgehen. — Der Deputirte Reymond, Vertreter des Isère-Departements, ist gestorben. Er gehörte der Linken an.

— Paris, 14. Novbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Die Magistraturreform. — Zur Affaire de Gissey.] — Aus dem Senate. — Das Conflictgericht. — Zur Courbet'schen Sache. — Personalien. — Arbeitercongres. — Die Reform der Magistratur, eine der brennendsten und schwierigsten Fragen, welche die französischen Landesvertreter noch zu lösen haben, ist gestern in der Kammer aufs Tapet gekommen. Die Discussion hatte einen ruhigen Charakter; man ist freilich noch nicht weit damit gediehen. Die Regierung nahm einstweilen keinen Theil daran und es traten nur zwei Redner auf: Ribot und Waldeck-Rousseau. Der erstere, ein Mann des linken Centrums, ist entschieden dagegen, dass man die richterliche Unabschärbarkeit auch nur auf kurze Zeit aufhebe. Lieber, als auf ein Jahr, möchte er sie sogar ganz aufgehoben sehen. Er fürchtet einen bedenklichen Präcedensfall, den weder die Julimonarchie, noch die zweite Republik, noch selbst das zweite Kaiserreich aufzustellen gewagt habe. Das Beispiel Napoleon I. werde man doch nicht anrufen wollen und die Restauration habe schwer dafür gebüßt, dass sie das Prinzip der richterlichen Unabschärbarkeit angetastet. Es ist nicht nötig, meint Ribot, dass eine Magistratur alle politischen Meinungen der Regierung theile, im Gegenthell ist vorzuziehen, dass alle Meinungen und Interessen in ihr

vertreten sind. Dass sie die Märzdecrets nicht von vorn herein billigte, kann man ihr nicht zum Vorwurf machen. Der Redner selber hat die religiöse Politik der Regierung nicht gebilligt. Die Justiz konnte im Ernst glauben, dass es ihre Pflicht sei, die bedrohten Interessen zu schützen. Sowohl Ribot, welcher vorzüglich den prinzipiellen Gesichtspunkt geltend machte. Der Berichterstatter Waldeck-Rousseau führte dagegen mehr die praktische Seite der Sache hervor. Vor Allem habe man die Republik aus dem Gebiet der Abstraktion in die Wirklichkeit herüberzuführen. Das neue Gesetz bedroht nicht alle Richter, sondern bloß diejenigen, die aus der Justiz ein Werkzeug für ihre politischen Leidenschaften gemacht haben. Es gilt nicht eigentlich eine Reorganisation der Magistratur. Das Land ist durch die 2000 Urtheile, welche die Gerichte den Männern des 16. Mai zu Liebe erlassen haben, an der Gerechtigkeit irre geworden. Herr Dufaure selber hat zugestehen müssen, dass viele Richter nicht ihre Pflicht gehaft. Man nimmt nicht für die Regierung das Recht in Anspruch, die Richter, die sie ernannt hat, abzusehen; es fragt sich vielmehr, ob die Republik nothwendig den Magistraten des Kaiserreichs gestatten muss, im Namen der Republik Recht zu sprechen. Die Gegner des Gesetzentwurfs gefallen sich darin, die Justiz als eine Art Ausfluss des Volks, der von den Regierungswechseln nicht betroffen werden kann, darzustellen. Wenn dem so wäre, so müssten die Richter auch vom Volke gewählt werden, statt von der Regierung um ihrer Ergebenheit und Gefälligkeit willen ernannt zu werden. Damit wurde die Discussion vertagt. Nach ihrem ruhigen Verlauf hätte man schwerlich errathen, dass dies der Gegenstand war, um dessen willen vor ein paar Tagen eine Ministerkrise ausgebrochen. Beim Anfang der Sitzung verliefen die Freunde Baudry d'Asson's noch einmal Lärm zu machen, und man stiftete eine Weile darüber hin und her, wie sich dieser legitimistische Heißsporn am Donnerstag in den Saal geschildert; aber der Börschen hatte keine weiteren Folgen. Die Enquete in der de Gassey'schen Angelegenheit soll offenbar mit großer Schnelligkeit geführt werden. In der Commission, welche gestern für den Enquete-Antrag gewählt wurde, findet sich, wie gemeldet, nur ein Mitglied, welches die parlamentarische Untersuchung neben einem gerichtlichen Processe für unpassend hält. Die Stimmung ist, wie man darnach schließen kann, dem General de Gassey nicht günstig, und das Ministerium hat einen Beweis von Unabhängigkeit gegeben, indem es gestern den Hauptgegner des gewesenen Kriegsministers, den Deputirten Laisant, wissen ließ, dass es zu der Forderung, de Gassey in Anklagezustand zu versetzen, nicht seine Zustimmung geben kann. Laisant ist übrigens durch seinen Erfolg in der Kammer zu einer neuen Unternehmung ermuntert worden. Er will jetzt die Regierung über die Ernennung des Generals de Miribel, des militärischen Agenten der Männer des 16. Mai, zum Artillerie-Commandanten in Lyon interpelliren. — Die Aufmerksamkeit wendet sich jetzt zum Senat, wo Buffet morgen bekanntlich die Minister über die Austreibung der religiösen Orden zur Rede stellen will. Die Verhandlung wird jedenfalls eine sehr stürmische werden und man reicht sich um die Eintrittskarten. — Das Conflictgericht hat sich nach Ersetzung der beiden zurückgetretenen Mitglieder gestern wieder versammelt, um den Streit der Präfector vom Pas-de-Calais, von der Loire u. s. w. mit den Jesuiten zu schlichten. Das Urtheil ist aber noch nicht bekannt gemacht; ohne Zweifel wird es nicht anders ausfallen als das erste Urtheil. — Der „Figaro“ glaubt zu wissen, dass der Finanzminister Magnin der Familie des Malers Courbet alle Summen wiedererstattet habe, zu deren Zahlung Courbet verurtheilt worden, weil er die Vendome-Säule umgeworfen. Die Sache klingt schwer glaublich. — Gestern dinierten der Prinz und die Prinzessin von Dänemark bei Jules Grevy im Elsee. Neben dem Präsidenten der Republik sahen rechts die Prinzessin und links Frau Jules Ferry, neben Frau Grevy rechts der Prinz und links Gambetta. Die Minister wohnten sämlich dem Diner bei, gegen die Gewohnheit fand nachher kein Empfang statt. — Morgen wird der große Arbeiter-Congress in Havre eröffnet werden. Es steht zu hoffen, dass sich diesmal vernünftigere Tendenzen geltend machen werden, als sie auf den Congressen von Paris und Marseille zu Tage getreten.

B e l g i e n .

Brüssel, 12. Nov. [Der streitbare Prälat von Tournai, Dumont,] hat, schreibt man der „R. Z.“, keineswegs die Waffen gestreckt, sondern die Feinde gegen Rom nur noch verschärft. Ganz neuerdings giebt er eine Erklärung für das im vorigen Jahre vom Vatican beliebte Schauspiel zwischen der belgischen Regierung und dem Episkopat. Nach der Depesche vom 5. October v. J. hatte Frère Orban nicht mit Unrecht behaupten können, zwischen den belgischen Bischöfen und dem heiligen Stuhl besthehe ein „désaccord“, er konnte nicht wissen, was Dumont jetzt aus seinem Urkundenvorrath an den Tag bringt, dass der Staatssekretär Nina, im Namen des Papstes, dem Cardinal-Erzbischof von Mechelen gleichzeitig die Weisung hatte zukommen lassen, durch ein amtliches Schriftstück aller Bischöfe die angebliche Uneinigkeit in Abrede zu stellen. Msgr. Dechamps hat damals seinen Bischöflichen unter dem 2. November vertraulich erklärt, er werde solch ein Schriftstück aufsetzen, aber auch „an den heiligen Vater schreiben, um ihm zu sagen, dass ein Wort der Erklärung von Sr. Heiligkeit selbst allein im Stande sein würde, unseren Freimaurern den Mund zu schließen.“ Hierzu giebt nun Dumont in der „Tribune de Mons“ folgende Erläuterung: Der Herr Erzbischof wolle damit sagen: „Heiliger Vater, wenn ich spreche, glaubt man mir nicht, weil Sie ja durch Ihren Nuntius dem Minister Frère Orban ganz das Gegentheil von dem sagen lassen, was Sie von mir behauptet wissen wollen.“ Aber begriff denn der geistvolle Herr Erzbischof nicht, dass man um jeden Preis die Nuntiatur aufrecht erhalten wollte? Wollte Frère Orban der Behauptung des Episkopats nicht glauben! Das war es ja gerade, was Se. Heiligkeit wollte. Der Episkopat sollte behaupten, aber nicht zu viel, nämlich so, dass die einen daran glauben, die anderen aber, insbesondere Frère Orban und die Mehrheit im Parlament, nicht daran glauben. Der Papst hatte seinen Zweck dabei, dass er das kleine erlösende Wort nicht sprach, das den Freimaurern den Mund stopfen konnte. Am 11. November machte er den Versuch dazu; als aber Frère Orban sofort mit der Überprüfung des Gesandten drohte, wurde das Wort als non avenue schleunigst widerrufen. Erst als alles verloren war und der Nuntius seine Pässe erhalten hatte, stellte sich der Papst ganz auf die Seite der belgischen Bischöfe. So bestätigt ein Eingeweihter, dass der Vatican im vorigen Jahre eine Schautpolitik getrieben hat.

G r o s s b r i t a n n i e n .

A. C. London, 12. November. [Der Prozeß gegen die angeklagten Führer der Landtagswahl nahm gestern formell seinen Anfang. Gewaltige Menschenmassen hatten sich vor dem Gerichtshofe eingefunden, dessen Zugänge und Innenräume von einer Abtheilung Polizeimannschaft überwacht waren. Die Krone war vertreten durch den Attorney-General, den Solicitor-General, den legalen Berater, die königl. Räthe Mrs. Heron und Portier c., Mr. Barnell durch die königl. Räthe Mrs. Mr. Donogh, Mr. Longham, O'Brien, Murphy und die Rechtsanwälte Nolan und Dillon. Der Gerichtshof bestand aus dem Oberrichter May und den Richtern Fitzgerald und O'Brien. Mr. Mc. Donogh beantragte, dass den Angeklagten innerhalb zweier Tagen schriftlich die vollen Einzelheiten bezüglich der An-

klagepunkte mitgetheilt werden. Die Art und der Charakter der Anklage ließen es wesentlich nothwendig und als einen Act der Gerechtigkeit gegen die Beschuldigten erscheinen, dass dieselben Verlangen willfahrt werde. Mr. Mc. Loughlin erklärte, dass die Angeklagten ihre Sache Angehört des Volkes vertreten und sich keiner Hinterhütern bedienen würden. Der Attorney-General erklärte, dass er die nötigen Details liefern werde, welche die Angeklagten in den Stand setzen würden, ihre Vertheidigung vorzubereiten; aber die Zeugenaussagen könne er keine Mitteilungen machen. Mr. Mc. Loughlin bestand jedoch auf der Vorlage der vollen Einzelheiten bezüglich der Anklage; eine Vertheidigung der Beschuldigten sei sonst undenkbar. Der Gerichtshof beschloss schließlich, dass den Angeklagten schriftlich die vollen Einzelheiten der gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen mitzutheilen seien.

P r o v i n z i a l - B e t t i n g .

* Breslau, 17. Nov. [Breslauer Stadtanleihe.] Der „Staats-Anz.“ veröffentlicht das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihecheine der Stadt Breslau im Betrage von 24,000,000 M. Die Bedingungen zur Aufnahme dieser Anleihe sind folgende:

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Vergammlung von Breslau haben beschlossen, zu den in dem landesherrlichen Privilegium vom 25ten October 1880 angegebenen Zwecken eine Anleihe von 24,000,000 M. Reichswährung aufzunehmen, welche mit 4 p.C. jährlich verzinslich, von Seiten des Gläubigers unzinsbar ist und vom 1. October 1881 ab regelmässig mit Eins vom Hundert des ursprünglichen Schuldencapitals unter Hinzurechnung der durch die fortwährende Tilgung erwarteten Zinsen nach einem von der Staatsbehörde genehmigten Tilgungsplane mittelst Verlöfung oder Ablaufs der Anleihecheine getilgt wird. Der Stadtgemeinde steht das Recht zu, jederzeit die ganze Anleihe oder einen grösseren Theil derselben aufzulösen und nach Ablauf einer sechsmonalichen Frist zurückzuzahlen.

Die Ausfertigung der Anleihecheine erfolgt in Stücken von 5000, 2000, 1000, 500 und 200 M. Reichswährung.

Die Zinsen werden mit jährlich vier vom Hundert am 1. April und 1. October gegen Rückgabe der ausgesertigten halbjährlichen Zinscheine durch die Stadthauptpflege in Breslau gezahlt.

Den Anleihecheinen werden Zinscheine für einen fünfjährigen Zeitraum und eine Anweisung zur Erneuerung der Zinscheine beigegeben.

Die Ausfertigung neuer Zinscheine erfolgt bei der Stadthauptpflege zu Breslau gegen Ablieferung der den älteren Zinscheinen beigelegten Anweisung.

Beim Verluste der Anweisung erfolgt die Aushändigung der neuen Zinscheine auf rechtzeitige Vorzeigung an den Inhaber des Anleihecheines.

Alle Bekanntmachungen, welche die Anleihe betreffen, namentlich auch die Bekanntmachung der durch das Los angezogenen oder gekündigten Stadt-Anleihecheine, welche in Beiträumen von sechs, drei, zwei und einem Monat vor dem Zahlungsstermine zu erfolgen hat, geschehen durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staats-Anzeiger“ oder das an dessen Stelle tretende Organ, durch das „Amtsblatt“ der Königlichen Regierung zu Breslau oder das an dessen Stelle tretende Blatt, und durch zwei Breslauer Zeitungen. Die Namen der letzteren und etwaige mit Genehmigung der Regierung zu Breslau vorzunehmende Veränderungen werden im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gemacht.

Mit dem Tage, an welchem nach diesen Bekanntmachungen, unter Einhaltung der sechsmonalen Rundigungsfrist, das Capital zurückschallen wird, hört die Verjährungsfrist des Anleihecheines auf. Gegen Auszahlung des Capitals sind mit den Stadt-Anleihecheinen auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitssterne zu zufolgezuliefern. Für die fehlenden Zinscheine wird der Betrag vom Capital abgezogen.

Der Capitalebtrag der ausgelosten Stadt-Anleihecheine verfällt zu Gunsten der Stadt, wenn die Rücklösung nicht binnen 30 Jahren nach dem Fälligkeitssterme erfolgt. Die Zinscheine verjähren zu Gunsten der Stadt mit Ablauf des vierten Kalenderabtes nach dem Jahre ihrer Fälligkeit. Das Aufgebot oder die Kraftlosserklärung derselben ist unstatthaft; doch soll für den Fall, dass der Verlust der Zinscheine vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist beim Magistrat angemeldet und der Stattgebote Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung der Anleihecheine oder sonst in glaubhafter Weise dargethan wird, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine eingezahlt werden.

Das Aufgebot und die Kraftlosserklärung verlorener oder vernichteter Stadt-Anleihecheine erfolgt nach Borschrift der §§ 838 u. ff. der Civil-Prozeß-Ordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (Reichs-Gesetz-Blatt S. 83) beziehungsweise nach § 20 des Ausführungsgegesches zur Deutschen Civil-Prozeß-Ordnung vom 24. März 1879 (Gesetz-Sammlung S. 28).

Für die Sicherheit der Anleihecheine, wie für die plumpische und unbefrchtete Zahlung der Zinsen haftet die Stadtgemeinde mit ihrem ganzen gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen und ihrer ganzen Steuerkraft.

Breslau, 17. Nov. [Beschaffung.] Die „Schles. Presse“ schreibt: „Auf unserem Redaktions-Bureau erschien heute ein Beamter der Criminalpolizei, um im Auftrage des besiegten königlichen Polizei-Präsidenten das Manuskript des mit der gefälschten Unterschrift des General-Lieutenants v. Wulffsen an uns gelangten Briefes mit Beslag zu belegen. Wir haben das Schriftstück gegen Bescheinigung des Beamten ausgehändiggt. Möchte es den Bemühungen der Polizei recht bald gelingen, den Urheber der Fälschung zu ermitteln! Alle Diejenigen, welche in Betrieb des Thaters Vermüthungen oder Verdachts-Momente beizubringen in der Lage sind, wollen sich von jetzt ab direkt an das königl. Polizei-Präsidium bieberschaft wenden.“

B. [Hochfeuer.] Gestern Abend, kurz nach 11 Uhr, wurde die städtische Feuerwehr telegraphisch nach dem Grundstück Schneidnitzerstraße Nr. 47 gerufen. Ungefähr erhielten die Hauptfeuerwache unter Leitung des Herrn Branddirektor Herzog und der beiden Brandmeister Peterseim und Thomas. Bei ihrer Ankunft stand bereits das dritte Stockwerk des linken Seitenflügels im ersten Hof — der Accidenz-Druckerei — in voller Flammen. Wie intensiv die Hitze im brennenden Raum bereits gewirkt, konnte man daraus ermessen, dass die durch den Saal führende Maintransmissionswelle und die kleineren Räder vollständig glühend erschienen. Das brennende Gebäude, ein fünf Stocker in der Front haltendes, vier Stockwerke hohes Haus dient in allen seinen Räumen den Zwecken der Korn'schen Druckerei, am Fuße befindet sich als Anbau das Kellhaus, Sezefsaal und Druckmaschinen der „Schlesischen Zeitung“ liegen im Mittelgebäude, waren also zunächst nicht gefährdet. Während die Säulen über die Treppenläufe des Börd- und Mittelhauses gezogen wurden, begann die in der Carlstraße dicht an einem Hydranten aufgestellte Dampfspritze ihre Tätigkeit und lieferte ein enormes Wasserquantum nach der Brandstelle. Außerdem arbeiteten gleichzeitig drei oder vier Hand-Spritzen, andere, nicht direkt auf der Brandstelle benötigte Fahrzeuge holten Wasser von weiter entfernten Hydranten herbei. Nach etwa einstündigem angespannter Tätigkeit schien die Feuerwehr vollständig den Brand bewältigt zu haben. Ein Theil ihrer Mannschaften trat in den völlig ausgebrannten Druckereisaal ein und legte das glimmende Gebäude frei. Während dieser Zeit bemerkte man von der Schneidnitzerstraße aus, dass es auch unter dem Dache des Bördenhauses glimme. Die Mannschaften wendeten nun auch diesem Theile ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Schon hatten einzelne Oberfeuermänner, mit Schlüpfen versehen, das Dach erreicht, als plötzlich aus dem ganzen linken Theile des Dachstuhles die hellen Flammen hervorbrachen und eine wohl fünfzehn Fuß hohe Feuer säule bildeten. Jetzt wurde die Rettungsleiter aufgestellt. Von dieser aus, von den anliegenden Dächern des Börd- und Seitenhauses gleichzeitig bekämpft, erlahmte sehr bald die Kraft des Feuers. Wohl zeigten sich noch mehrere helle Flammen, wenn nämlich die Feuerwehrmannschaften durch Aufsteigen des Daches frischen Luftzug zuführten, doch dann erglitten wenige Augenblicke, um auch diesen Brand zu vernichten. Um 2 Uhr Nachts wurde das Signal zum Einziehen einer Anzahl Schlüpfen und dem Abrücken der Dampfspritze gegeben. Es blieben noch eine Anzahl Lösch- und Abräumungsmannschaften zurück, diese werden wohl noch Stundenlang Beschäftigung gefunden haben. Jetzt begann die Dampfmaschine für den Zeitungsdruck ihre Arbeit. Es wurde noch möglich, die „Schlesische Zeitung“ in ihrer Morgennummer rechtzeitig in die Hände der Abonnenten zu liefern. Über die Entstehungsursache des Feuers konnte bis jetzt nichts festgestellt werden.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 15. Nov. [Von einer Eisenbahn von Glatz bis Nachod.] In der letzten Kreislagsitzung zu Glatz wurde mitgetheilt, dass der Herr Ober-Präsident von Schlesien wegen der nachgeführten Erbauung einer Eisenbahn von Glatz bis Nachod mit der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn in Verbindung getreten sei, und dass der Verwaltungsrath derselben sich dahin schlüssig gemacht habe, die Frage, ob die

Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen den bezeichneten beiden Punkten in Erwägung zu nehmen sei, mit Rücksicht auf die wegen der grossen Terrainschwierigkeiten verhältnissmäßig sehr bedeutenden Baukosten nur dann einer näheren Erörterung unterzogen könne, wenn von Seiten der Provinz, der Kreise und der Interessen von vornherein bedeutende Subventionen à fonds perdu in Aussicht gestellt werden würden. Es sollte daher festgestellt werden, ob und inwiefern die Kreis Glatz und die vorausgesetzte beteiligten Interessen an der Linie bereit seien würden, auf den Ausbau der projectierten Bahn durch active Betheiligung fördernd einzutreten. Hierüber kann die Kreisversammlung erst in der nächsten Sitzung sich schlüssig machen. Inzwischen wird jedoch die Kreisbehörde mit den Interessen und Adjacents in Verhandlung treten, vorher aber bei der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn sich erkundigen, wie sie sich die Betheiligung denken, nach welchen Grundsätzen und Normen sie Subventionen fordern würde, damit der Kreis wisse, wie weit die Anstrengungen gehen, welche Beschlüsse er demnach fassen könnte und dürfe. Zugleich gelangte eine in dieser Angelegenheit von Bürgermeister Dangler-Reiniger ausgearbeitete Denkschrift zur Kenntnis der Kreisversammlung. Aus dieser vortrefflichen Schrift, welche in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, sowie aus den Berichten und Verhandlungen der Kreisbehörden soll das Wichtigste hier mitgetheilt werden. Bereits in den Gründerjahr (1872-73) wurde von Privatleuten der Versuch gemacht, die als eine finanziell recht rentabel erscheinende Linie Glatz-Nachod auszubauen. Der Ingenieur Thiel aus Breslau übernahm die Vorarbeiten. Doch verhinderte der inzwischen eingetretene Krieg die Ausführung des Projects. Ein zweiter Entwurf wurde von der Oberschlesischen Eisenbahn gefertigt, wahrscheinlich aber nur zum eigenen Bedarf und behufs Information, dem Bau selbst ist sie nicht näher getreten. Die Gesellschaft erreicht dasselbe Resultat auf Kosten Dritter, wenn die Bahn nicht von ihr gebaut wird, da der Transithafen ihr doch zu Gute kommt und die Linie Glatz-Nachod für sie eine neue Zuflussbahn mit kostlosem Frachtabfuhrer eröffnet. Ein drittes Mal hatte die Österreichische Staatsbahn, welche bei Nachod stationirt, die Absicht, die Bahn auf eigene Kosten und unter der Bedingung auszubauen, dass ihr auch der Betrieb für eigene Rechnung überlassen bleibe. Da jedoch auf diese Bedingung seitens unserer Staatsverwaltung mit Recht nicht eingegangen werden konnte, unterblieben die einleitenden Schritte. Die Wichtigkeit der Bahn ist seitens der Gesellschaft nicht nur richtig erkannt, sondern auch bei ihrer ungemein großen Fachkenntniß eine andere Orientierung als bei Thiel in Aussicht genommen worden, welche — wie verlautet — von den angeblichen Schwierigkeiten des Riesengebirgs nicht viel beeindrucken lassen soll. Dies ist der geschickliche Verlauf der Angelegenheit gewesen, die bis jetzt geruhet hat. Inzwischen aber hat die ganze Situation sich geändert, was früher nur gewünscht wurde, ist jetzt zur zwingenden Nothwendigkeit geworden. Durch den erfolgten Ausbau der ersten Eisenbahnlinie zu Glatz und Nachod hat die Verkehrssituation einer völlig veränderten Ausdruck erhalten. An dem ersten Anlaufpunkt vermittelten zwei preußische Bahnen den Verkehr: die Oberschlesische von Breslau nach Mittelwalde und die Niederschlesisch-Märkische nach Berlin, während beim zweiten Anlaufpunkt, hant an der preußisch-österreichischen Grenze bei Nachod auf österreichischem Gebiete die Österreichische Staatsbahn und die Nordwestbahn sich befinden, die das angrenzende Königreich Böhmen durchziehen. Es werden somit zwei große preußische und zwei große österreichische Bahnen durch ein Project Glatz-Nachod als Bindeglied vereint und der Verkehr nach sechs verschiedenen Richtungen hin vermittelnt. Ein Blick auf eine solche versuchsweise verholtendste Karte ergibt, dass folgende drei Weltverkehrslinien durch eine solche Combination möglich werden:

- 1) eine directe Verbindung von Breslau, Glatz, Nachod, Prag und weiter;
- 2) eine directe Linie aus dem öberschlesischen Kohlenreviere nach dem Theile Böhmens, der bisher seinen Verkehr aus Oberschlesien nicht beziehen konnte;
- 3) eine directe Verbindung von Warschau nach Prag, also von Russisch-Polen durch Schlesien und die Grafschaft mit Böhmen.

Hierdurch aber dürfte der erste Beleg für die Bedeutung der Linie erbracht und im Interesse der Verkehrsstärkung des directen Verkehrs die Ausführung ein Bedürfnis sein. An die Erörterung der Frage über die allgemeine Bedeutung des projectirten Bahnbauwerks für den Durchgangsverkehr reicht sich passend die Befredigung über den engeren Verkehr des durchschneidenden Terrains, die Beleuchtung der Localindustrie in ihrem gegenwärtigen und dem später zu erwartenden Zustande, sowie die Prüfung der Rentabilität und Gemeinschaftlichkeit eines solchen Unternehmens an. Schon das vorstehende Gesagte schließt aus, dass eine solche Bahn nur dem localen Verkehr der mit einander verbundenen Orte von Vorteil sein, also den Verkehr in den engsten Grenzen vermittelnt würde. Der Gedanke an eine Bahn niedriger Klasse ist somit auch von vornherein als ausgeschlossen anzusehen.

H a n d e l , I n d u s t r i e II.

Berlin, 16. November. [Börse.] Bei Beginn des heutigen Verkehrs schien es, als wolle die geringe Geschäftstätigkeit, welche wir seit mehreren Tagen zu constatiren gewohnt haben, auf der Tagesordnung stehen bleiben. Es kamen Anfangs Abschlüsse auf dem Gebiete der internationalen Werthe mit nicht zur Perfection, die Tendenz charakteristisch für die Wiener Börse, schwach, weil weder die auswärtigen Abendbörsen noch die Wiener Börse animirende Notirungen berücksichtigt hatten, leistete sogar eine ungünstige Haltung angenommen hatte. Der Markt für inländische Bahnen kam heute den übrigen Gebieten zu Hilfe, es herrschte eine überaus freundliche Stimmung für Thüringer, Medlenburger und Bergische, welche ihren Einfluss auf die ganze Linie der Speculationseffekte ausdehnte. Thüringer gewannen von Haus aus 2% p.C. und wurden in großen Beträgen umgesetzt. Medlenburger waren ebenso bei ½ p.C. höheren Course in gutem Verkehrs-Bergische waren bestellt in der Erwartung eines günstigen Einnahmeweis. Schlesische Bahnen profitierten nicht unerheblich, waren aber weniger lebhaft. Für Montanwerke zeigte sich durchaus kein Interesse, die Notirungen waren etwas besser, da der Glasgow Blatt für Waarants stabile Festigkeit zeigt. In Banten war das Geschäft äußerst beschäftigt, bei ungefähr geistigen Preisen. Der Rentenmarkt verharrte in seiner Unaktivität, es ist hier kein Papier zu erwähnen, welches es zu nennenswerten Umläufen gebracht hätte. Eben so verhielt es sich mit russischen Fonds, welche eher nach unten tendirten, während Noten eine feste Haltung befanden. Von den österreichischen Nebenbahnen zeichneten sich Elberhal- und Elisabethbahn durch guten Verkehr aus, erster konnten ihr Beau wieder erhöhen. Creditactien und Franzosen, anfänglich ohne Bewegung, schlugen später, anscheinend in Folge Wiener Intervention steigende Richtung ein, welche ihren Course von 487 resp. 478 auf 490 resp. 481 hob. Lombarden zeigten sich seit, blieben aber vernachlässigt. Die Bahnennäufe hielt auch im weiteren Ver

— Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkloose —. Türk 1873 —. Annotisbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Ruhig.

London, 16. November. Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols —. 5 Proc. Russen de 1873 —. Silber 51, 13. Türkische Anleihe de 1865 —. Ungar. Goldrente 92, 15. Bankauszahlung 111,000. Bankenzahlung —. Frankfurt a. M., 16. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course]. Londoner Wechsel 20, 36. Pariser Wechsel 80, 56. Wiener Wechsel 172, 17. Köln-Münster Stamm-Aktion 147%. Rheinische Stamm-Aktion 158%. Hessische Ludwigsbahn 96%. Köln-Münster Prämien-Ant. 131%. Reichsanleihe 100%. Reichsbank 146%. Darmstädter Bank 151% Meiningen Bank 94%. Wester.-Ungarische Bank 705, — Creditaction* 242%. Silbertente 62%. Goldrente 74%. Ungarische Goldrente 92%. 1860er Loope 121%. 1864er Loope 310, 00. Ungarische Staatsschulde 217, —. Ungar. Ostbahn-Obligat II. 83%. Böhmisches Westbahn 208%. Elisabethbahn 173%. Nordwestbahn 153%. Galizien 234%. Franzosen*) 239. Lombarden*) 75%. Italiener —. 1877er Russen 91%. 1880er Russen —. II. Orientanleihe 57%. Central-Pacific —. Lotzinger Eisenwerke —. Privat-Discont — p.C. Fest, lebhafter.

Nach Schluss der Börse: Creditaction 242%. Franzosen 239. Galizien —. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —.

* der medio ref. ver ultimo.

Hamburg, 16. Nov., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4 Proc. Consols 100%, Hamburger St.-Br.-A. 124%, Silbertente 62%, Ost. Goldrente 74%, Hess. Goldrente 92, Credit-Action 242%, 1860er Loope 121%, Franzosen 239. Lombarden 188, Italien. Reute 85%, 1877er Russen 91%, II. Orient-Anl. 55, Vereinsbank 119%, Laurabüste 116, Nord. 166%, Commerzbank 120%. Anglo-deutsche 74%, 5% Amerikanische 94%, Rhein-Eisenbahn 158%, d. j. 152%, Berg.-Märk. d. 116%, Berlin-Hamburg ds. 232. Altona-Kiel. do. 157%. Disconto 3% %. Still.

Silber in Barren per Kilogr. 152, 50 Br., 152, 00 Ob.

Wechselnotierungen: London lang 20, 27 Br., 20, 21 Ob., London kurz 20, 39 Br., 20, 31 Ob., Amsterdam 167, 10 Br., 166, 50 Ob., Wien 170, 75 Br., 168, 75 Ob., Paris 79, 90 Br., 79, 50 Ob., Petersburger Wechsel 202, 50 Br., 198, 50 Ob.

Düsseldorf, 16. Nov., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig, auf Termine fest. Roggen loco rubig, auf Termine matt. Weizen pr. November 203 Br., 202 Ob., pr. April-Mai 217 Br., 215 Ob. Roggen pr. November 206 Br., 205 Ob., pr. April-Mai 196 Br., 194 Ob. Hafer fest. Gerste still. Rüböl rubig, loco 56, pr. Mai 58. Spiritus matt, pr. November 51 Br., pr. December-Januar 50% Br., pr. Januar-Februar 50% Br., pr. April-Mai 50 Br. Kaffee matt, Umsatz 2000 Sad. Petroleum flüssig, Standard white loco 9, 50 Br., 9, 10 Ob., pr. November 9, 10 Ob., pr. December 9, 20 Ob. — Wetter: Regnerisch.

Liverpool, 16. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] Anfangsbericht. Ruthmäßiger Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 34,000 Ballen, davon 23,000 B. amerikanische.

Liverpool, 16. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Mittel. amerikanische December-Januar-Lieferung 6^{1/2}%, Januar-Lieferung 6^{1/2}%, März-Lieferung 6^{1/2}%, D.

Manchester, 16. Novbr., Nachm. 12 Water Armitage 7%, 12 Water Taylor 8%, 20 Water Nicholls 8%, 30 Water Gibbons 9%, 30 Water Clayton 10%, 40 Water Mayall 10%, 40 Water Wilkinson 11%, 36 Watercups Qualität Rowland 10%, 40 Double Weston 11, 60 Double Weston 13%, Printers 10%, 12% 8% vfd. 96. Ruhig.

Petersburg, 16. Nov., Nachmittags 5 Uhr. [Producentenmarkt.] Wechsel London 3 M. 24%, do. Hamburg 3 M. 206%, do. Amsterdam 3 M. 123, do. Paris 3 Mon. 256%, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (geft.) 218, do. de 1866 (geft.) 211%, Russ. Anl. de 1873 138%, Russ. Anl. de 1877 148%, Impérial 8, 13, Große Russ. Eisenbahnen 253%, Russ. Bodencredit, Pfandbriefe 126%, II. Orient-Anleihe 90%, III. Orient-Anleihe 90%, Privatdiscont 6%.

Petersburg, 16. Nov., Nachmittags 5 Uhr. [Producentenmarkt.] Loco 54, 00, pr. August 58, 00. Weizen loco 19, 00. Roggen loco 15, 00. Hafer loco 6, 00. Hanf loco 32, 00. Leinjat (9 Pud) loco 17, 50. — Wetter: Frost.

Königsberg, 16. Novbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert. Roggen rubig, loco 117/18 Pfund. 2000 Pfund Zollgewicht 196, 25, pr. Novbr. 195, 00, pr. Frühjahr 191, 50. Gerste unverändert. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 146, 00, pr. Frühjahr 142, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 172, 00. Spiritus per 100 Liter 100 Procent loco 59, 00, pr. Novbr. 58, 50, pr. Frühjahr 60, 00. — Wetter: Schön.

Danzig, 16. Nov., Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest. Umsatz 410 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewachsen 175, 00 bis 190, 00, hellbunt 198, 00 bis 202, 00, hochbunt und gläsig 210, 00 bis 212, 00, pr. November Transit 204, 00, pr. April-Mai Transit 205, 00. — Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pfund 194, 00 bis 204, 00, polnischer oder russischer pr. 120 Pfund Transit —, unterpolnischer pr. April-Mai Transit 190, 00, inländischer pr. April-Mai 200, 00. — Kleine Gerste loco 130, 00. Große Gerste loco 150, 00 bis 158, 00. Hafer loco 140, 00. — Erbsen loco 167, 00. — Spiritus pr. 10,000 Liter vfd. loco 57, 50.

Pest, 16. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Producentenmarkt.] Weizen loco reserviert, auf Termine ruhiger, pr. Frühjahr 12, 22 Ob., 12, 25 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 42 Ob., 6, 45 Br. — Mais pr. Mai-Juni 6, 20 Ob., 6, 25 Br. — Wetter: Milde.

Paris, 16. Novbr., Nachmittags. [Producentenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen bebaupiert, pr. November 28, 30, pr. Dec. 28, 25, pr. Januar-April 28, 25, pr. März-Juni 28, 30. Roggen ruhig, pr. Nov. 23, 75, pr. März-Juni 23, 25. Hafer fest, pr. November 59, 25, pr. December 59, 00, pr. Januar-April 58, 00, pr. März-Juni 58, 75. Rüböl fest, pr. November 75, 00, pr. Decbr. 75, 25, pr. Januar-April 75, 50, pr. Mai-August —. Spiritus fest, pr. November 60, 25, pr. December 60, 25, pr. Januar-April 60, 25, pr. Mai-August 59, 50. — Wetter: Windig.

Paris, 16. November, Nachmittags. Rasskirtex 88% rubig, loco 54, 00, pr. 54, 25. Weizen Guter fest, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. November 62, 00, pr. December 62, 50, pr. Jan.-April 62, 75.

London, 16. Novbr., Nachm. Havannauder Nr. 12 23%. Matt.

Antwerpen, 16. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen bebaupiert. Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste still.

Antwerpen, 16. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Rasskirtex, Lye weiß, loco 24 Br., pr. December 24 Br., pr. Januar-März 23^{1/2} Br. — Weichend.

Bremen, 16. Novbr., Nachmittags. Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 10 bez., pr. Decbr. 9, 20—9, 10 bez., pr. Januar-März 9, 25—9, 20 bez.

T. Breslau, 14. Novbr. [Landwirtschaftliche Rundschau in Schlesien.] — Witterung und deren Einflüsse auf die Saaten — Herbstbestellung, Schöpfen derselben. — Unsere Viehherden — Winterfütterung. — Getreidemarkt. — Allerlei aus der Praxis. Die Hälfte des am meisten gefürchteten Monats, des Novembers ist erreicht und hat es fast den Anschein, als wenn er in seinem wechselseitigen Dasein mehr herbstliche als winterliche Neigungen zeigte. Die ersten Tage des Novembers, namentlich der 2. und 3. waren rauh mit starkem Schneefall und nachdem Frost begleitet, so daß die Befürchtung nahe trat, wir würden noch eher als im vergangenen Jahre einwintern (den 16. November), aber glücklicherweise gewannen wärmere Luftströmungen die Oberhand, durch deren Hilfe es möglich wurde, die bereits gefährdeten Kartoffeln, Zucker- und andere Nüsse noch vollends einzurichten und unter Dach und Fach zu bringen. — Dringend zu wünschen wäre es, wenn der November seine milde Tage bis zu seinem Ende ausdehnte, da viel Reis und Glend dadurch gemildert würde. — Es ist fast unglaublich, wie gern sich der lässige Körner vermählen und selbst die aufgegangene Saat kann sich nicht mehr kräftig genug bestocken, um einem unregelmäßigem Winter und einem kalten, windreichen Frühjahr hinreichend Widerstand zu leisten. Die Folge davon ist eine Miserie, die aber nicht in der Ungunst der Verhältnisse, sondern in der Trägheit und Indolenz des Landwirthes zu suchen ist. — Im Allgemeinen haben sich unsere Herbstsaaten durch die ganze Provinz gut entwickelt und weist namentlich Ober-Schlesien, selbst unter den weniger bevorzugten Kreisen vorzügliche Roggensläge auf. Leider bleibt das Aussehen dieser schönen Saaten nicht von Bestand. Ein trockenes, kaltes, von starken Ost- und Nordwinden begleitetes Frühjahr läßt dieselben bis auf eine Kleinigkeit verschwinden und wo nach dem Weggang des Schnees noch ein

intensives Grün leuchtete, ist nach kurzer Zeit nur noch ein zweifelhaftes Grau zu sehen. Die Kreise von Groß-Strehlitz an, nach Osten und Norden sich erstreckend, einige Dosen vielleicht angenommen, können nie mit Bestimmtheit auf sichere Ernten rechnen, da die Karpathen jeden warmen Luftaustausch absperren und die scharfen Ost- und Nordwinde förmlich stauen. Die schönen Herbstsaaten Ober-Schlesiens, verbunden mit dem so gern läufenden Boden haben manchem Neuling, der sich auf eigene Erfahrungs-Anschauung stützte, sein Vermögen gefehlt. — Raps, überhaupt Oelsfrüchte, haben durch die Witterung begünstigt, sich sehr gut entwidelt. Wenn man den Oelsfrüchten einen Vorwurf machen könnte, so wäre es vielleicht der eines zu dichten und kippigen Standes, sonst aber ver sprechen dieselben, sowohl man dies bis jetzt zu beurtheilen vermag, eine gute normale Ernte. — In Belgien und Holland, der eigenlichen Heimat des Rapss, hat man vor mehreren Jahren begonnen, den Raps bei fräftigem und eigentlich zu blattrreichem Stande, durch Abblättern im Wachsthum aufzuhalten. Die Resultate waren glänzend. Nach von Carnavas Mittheilung aus Fiemsee bei Rotterdam, wurde ein Schlag von 20 Morgen in drei regelmäßige Theile zerlegt, davon ein Drittel schwad, ein zweites Drittel ziemlich stark abgeblättert und der Rest im vollen Beutel seiner Blätter gelassen. Bald darauf trat ein normaler Winter (1878/79) bei starfer Schneedecke ein und zum nächsten Frühjahr hatte der am meisten abgeblätterte Raps die stärkste Triebkraft während der unbeschädigte am dürligsten aussah. Der Ertrag war folgender: „Der gar nicht beblätterte Raps lieferte pro Morgen 600 Klgr. gute Körner, der zum Theil geblätterte Raps 680 Klgr. volle Körner und der stark abgeblätterte Raps 780 Klgr. Prima-Qualität; dabei war der zuletzt angeführte Raps am ersten reif. Ob ein solcher comparativer Versuch in unserer Provinz von besonderem Vorteile für die Körnerbildung sein dürfe, wollen wir dahin gestellt sein lassen — jedoch wären solche Versuche von entschieden großem Interesse und ließen sich auch noch für dieses Jahr an trockenen Tagen, wenn auch nur probeweise, im kleinen Maßstabe ausführen. — Weizen, speciell auf wirklichem Weizenboden, läßt nichts zu wünschen übrig. Zu gutem Weizenboden rechnen wir nur den schweren, gebundenen, humusreichen Thon- und Lehmboden, der allein von Fluss- und Seesmarschböden im Bezug auf reiche und nachhaltige Weizenernten übertrffen wird. Die gewöhnlichen Lehmbodenarten sind schon mehr als Mittelbodenarten für den Weizenbau zu betrachten, wenn nicht klimatische Verhältnisse derselben besonders günstig sind. Sandboden, in welcher Form oder Mischung er sich auch darbietet, ist für Weizengruben niemals geeignet. Der Weizen hat im Herbst weniger Feinde, gefährlich können ihm Feldmäuse, Schnecken und die Blatt der Weizengallmäuse (Cecidomyia tritici) werden. Letztere fängt nicht nur im Herbst den Saft der jungen Pflanzenteile aus und zerstört sie dadurch, sondern beschädigt auch noch im nächsten Frühjahr gern die jungen Halme, so daß diese leicht verkümmern. Glücklicherweise ist dieses Insect ziemlich selten und tritt am häufigsten in der Weizelernte und in den Elbmarschen auf. — Die Trebnitzer Berge und die Rumpischer Gegend zeichnen sich dieses Jahr durch tadellose Weizensläge aus. Im südlichen Ungarn soll die Schneide ungemein verheerend, besonders auf Weizenfeldern auftreten und läßt man dort mit allen bekannten Mitteln dagegen an. Im Theißgebiet, wo diese Schneide am stärksten auftritt, sollen sich hundertausende von Zugbögeln, namentlich Staare, selbst Eulen und Möven eingefunden haben, welche sich förmlich an diesen Weichtieren mästen. Das Ueberstreuen der gefallenen Schläge mit fein pulverisierten Salzen, Eisen- und Kupfervitriol ist bis jetzt das bester Schutzmittel vorgegen. Die Gefährlichkeit der Aderschneide grenzt ans Unglaubliche.

Roggens ist in ganz Deutschland durch die günstigen Conspicuren, in die er hineingebracht worden ist, ein wichtiges Bodenerzeugniss geworden, und mancher rechnende Landwirth wird wohl dieses Jahr manch zweifelhaften Weizenschlag mit Winterkorn bestellt haben. Roggen- und Weizenbau können niemals gleichzeitig ausgedehnt betrieben werden, weil dadurch der eine oder andere Anbau unrichtig gestellt wird, eine Verminderung des Sommergetreidebaues eintreten muß, die Produktion von Futterkosten, namentlich Haferfrüchten unzureichend wird und nächstdem die assimilirbaren Nährstoffe des Bodens durch den übertriebenen Haferfruchtbau nicht zu reichen würden. So sicher wie im Allgemeinen Roggenanbau zu sein pflegen, — man nimmt nämlich in einem Zeitraum von 20 Jahren 19 Sicherer Roggenanbau als Norm an — so hat doch die Erfahrung speciell während der letzten Jahre nachgewiesen, daß wir nicht zu vertrautenssicher den Roggenanbau betreiben sollen. — In Medlenburg, Thüringen, Böhmen, Mähren, Niederösterreich, den vorzüglichsten Roggenländern Europas sucht man noch heut die Roggenproduktion durch reine Brachbearbeitung sicher zu stellen. Auch in unserer Provinz wäre, namentlich bei dem kleineren Grundbesitzer, mehr Sorgfalt bei dem Roggenanbau zu empfehlen, vorzüglich gute Ackerbefestigung und nicht zu späte Saat.

Die Winterfütterung der verschiedenen Thiergattungen, speciell bei bestimmten Nutzungszielen, nimmt zunächst wohl die Aufmerksamkeit des denkenden Landwirths am meisten in Anspruch. Eine sorgsame rationelle Futtermischnung kommt zuerst in Betracht, denn ebenso wenig wie die einzelnen Nährstoffe vermögen die einzelnen Nahrungsmittel bei ausschließlicher Verfütterung auf die Dauer den Körper zu ernähren und die Gesundheit zu erhalten, ist dies auch bei den Nahrungsmitteln, welche stets verschiedenartige Nährstoffe in sich vereinigen, eher möglich als bei einzelnen Nährstoffen. So würde z. B. eine alleinige Ernährung mit einem bestimmten Futtermittel bald die Ernährung und die Gesundheit beeinträchtigen. Die Thiere würden sehr bald einen unüberwindlichen Widerwillen gegen das verabreichte Futter an den Tag legen, es mithin nur soweit verzehren, als es die Ernährung des Lebens durchaus erfordert, selbst die Verbauung, welche erst bei dem Wechsel mit verschiedenen Nahrungsmitteln rege erhalten werden kann, würde darunter leiden. Alle diese Umstände gebieten eine Vermischung der einzelnen Nahrungsmittel mit einander. Hierdurch wird es ermöglicht, die Thiere nicht allein zur Annahme von Futtermitteln, die sie sonst verschmähen, zu bewegen, sondern auch manche schädlichen Rückwirkungen derselben auf den Organismus bis auf ein Minimum abzuwenden, eine vollständigere Ausnutzung der Nahrung zu erzielen und den Nährstoffgehalt derselben in einer Weise zu regeln, wie sie dem Gedeihen der Thiere und den verschiedenen Nutzungszielen entspricht. Die nächste Rücksicht bei den Futtermischnungen verdient die Regelung des Wassergehalts und des Gehalts an Trockenfutterzusätzen der Nahrung. Zu viel wässrige Bestandtheile schwächt die Verdauung, zu viel Trockenfutterzusatz erschwert die Verdauung — und macht sie sogar unmöglich. Die tägliche Wasseraufnahme muß den 5.—10. Theil des Körpergewichts vom Thiere betragen. Beigaben von Kohlehydraten, wie (Stärkemehl, Brot) zum Trockenfutter, falls sie den 4. Theil des Lebteren übersteigen, erschweren die Verdauung des Proteins und der Rohfaser, während kleine Beigaben von Öl sie befördert. Das Verhältniß der fettstoffhaltigen Bestandtheile zu den Kohlehydraten soll in Durchschnitt sich wie 1:5 gestalten, kann jedoch dem Zweck entsprechend, in dem Verhältnisse von 1:4 oder 1:7—9 abgeändert werden, und bezieht sich das erste Verhältniß auf das Erhaltungs-, das letztere auf das Massfutter.

Die Winterfütterung der verschiedenen Thiergattungen, speciell bei bestimmten Nutzungszielen, nimmt zunächst wohl die Annahme von Futtermitteln, die sie sonst verschmähen, zu erwarten. — Die Blätter griff die Politik des Cabins sehr heftig an und erklärte, das Tribunal habe noch nicht gesprochen. Die Haltung der Congregation war legaler Widerstand, keine Rebellion. Jules Simon sprach für eine Tagesordnung, worin es heißt, der Senat könne keine willkürliche Politik acceptiren, welche den öffentlichen Frieden führt, und geht zur Tagesordnung über. Ferry wendet sich gegen die Anschuldigungen, die Regierung habe Gewaltthäufigkeiten angewendet. Er erklärt, die Republik müsse besonders über die Gewissensfreiheit der Jugend wachen. Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 141 gegen 137 Stimmen angenommen. Die Kammer beendete die Generaldebatte über die Reform des Richterstandes und nahm in der Spezialberatung den Artikel 1, den der Justizminister vertheidigte, an.

Brüssel, 16. Novbr. Der Senat nahm mit 32 gegen 26 Stimmen den Antrag an, daß der Senat bis zur gegenwärtigen Entscheidung in corpore keiner göttessündlichen Handlung beiwohnen sollte. Hierauf wurde die Adresse auf die Thronrede angenommen.

London, 16. Nov. Der diesjährige Botschafter in Berlin, Lord Russell, ist heute von hier über Folkestone nach Berlin gereist.

London, 16. Nov. Nachrichten aus Capetown vom 12. d. M. zufolge ist der Häuptling des Pondoem-Stamms, Umhlonhlo, von den Colonialtruppen geschlagen worden; letztere erbeuteten 600 Stück Vieh. Die Lage der Dinge in Tembuland ist weniger beunruhigend.

Wasserstand. Breslau, 17. Nov. D.-B. 5 M. 28 Em. U.-B. — M. 56 Em. 16. Nov. D.-B. 5 M. 14 Em. U.-B. — M. 34 Em.

Weizen loco 185—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber — Mark ab Bahn bez., defekter — Mark bez., do. klammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., weiß bunter polnischer — M. ab Bahn bez., u. Br., kein weiß udmärkischer — Mark ab Bahn bez., per November 212 Mark bez., per November-December 211—212—213—212 Mark bez., per December-Januar 210—212—211 Mark bez., per April-Mai 204—204—203% Mark bez., per Mai-Juni 200—200—199% Mark bez., per Juni-Juli 194—193% Mark bez., Gefündigt 3000 Centner. Rundigungspreis 210% M. — Roggen loco 212—220 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 212—218 M. ab Bahn bez., equifester inländ. — M. ab Bahn bez., defekter inländ. — Mark ab Bahn bez., russischer — Mark ab Bahn bez., neu

Berliner Börse vom 16. November 1880.

Fonds- und Gold-Courses.

Wechsel-Courses.						
Deutsche Reichs-Anl.	4	10,00	bzG			
Consolidirte Anleihe	4½	104,75	bzG			
do. do. 1876	4	99,50	bzG			
Staats-Anleihe	4	99,90	bzG			
Staats-Schuldschein	3½	98,50	bzG			
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	148,92	bzG			
Berliner Stadt-Oblig.	4	103,76	bzG			
Berliner	4½	102,83	bzG			
Fommersche	3½	96,96	bzG			
do. do. 1874	4	98,60	bzG			
do. Lndch.Crd.	4½	101,70	bzG			
Possensche neue	4	98,18	bzG			
Schlesische	3½	98,23	bzG			
Kun. u. Neumärk.	4	99,95	bzG			
Fommersche	4	98,50	bzG			
Possensche	4	99,30	bzG			
Preussische	4	98,30	bzG			
Westfäl. u. Rhein.	4	99,98	bzG			
Sächsische	4	100,86	G			
Badische Präm.-Anl.	4	108,06	bzG			
Sächsische Präm.-Anl.	4	132,10	bzG			
do. Amt. v. 1875	4	98,96	G			
St. Mind.-Prämlös.	3½	131,50	bzG			
Sächs. Renten v. 1876	4	77,60	G			

Hypotheken-Certificata.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.						
Divid. pro	1278	1878				
Aachen-Maastricht	1/2	3/4	4	29,75	bzG	
Eberg.-Märkische	4	4½	4	116,25	bzG	
Berlin-Anhalt	5	5	4	122,46	bzG	
Berlin-Dresden	0	0	4	26,49	bzG	
Berlin-Görlitz	0	0	4	232,00	bzG	
Berlin-Hamburg	102½	121½	4	99,60	bzG	
Berl.-Potsd.-Magdeburg	3½	4	6	114,65	bzG	
Berlin-Stettin	3½	4½	5	103,19	bzG	
Ehrenb. Westbahn	5	5	4	110,60	bzG	
Bresl.-Freib.	3½	4½	4	147,30	bzB	
Cöln-Minden	6	6	4	87,00	bzG	
Dux-Bodenbach	0	0	4	111,50	bzG	
Gal. Kar.-Ludw.-B.	8,21½	7,738	4	21,40	bzG	
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	55,40	bzG	
Kaschau-Oderberg	4	4	5	74,66	bzG	
Kronpr. Rudolfs	5	5	4	26,25	bzG	
Ludwigsb.-Borb.	2	2	4	27,18	bzG	
Märk.-Posener	0	0	4	147,75	bzG	
Magdeb.-Halberst.	5½	6	4	96,40	bzG	
Mainz-Ludwigsb.	4	4	4	89,60	bzG	
Niederschl.-Mark.	4	4	4	147,25	bzG	
Oberschl.A. C.D.E.	8½	9½	2½	26,19	bzG	
do. B.	8½	9½	3½	166,25	bz	
Oesterl. Fr. St. E.	6	6	4	47,65	67,50	
Oest. Nordwestb.	4	4	5	30,65	bz	
Oest. Süd. (Lomb.)	0	0	4	151,50	bz	
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	43,49	bz	
Oechte-O.-U.-B.	1	7½	10	155,25	bz	
Rüchsenb.-Par.	6	6	4	58,00	bzB	
Eheinische	7	7	4	188,60	bz	
do. Lit. B. (40,gar.)	4	4	4	99,00	bzB	
Rhein.-Nahr.-Bahn	0	0	4	20,63	bz	
Rumm.-Eisenbahn	2	3½	4	53,33	G	
Schweiz-Westbahn	0	0	4	22,19	bzG	
Stargard-Poener.	4½	4½	4½	102,30	bzG	
Thüringer Lit. A.	8	8½	4	179,25	bz	
Warschau-Wien	9,125	11½	4	266,50	bz	
Weimar-Gera	4½	4½	5	51,10	bz	

Ausländische Fonds.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.						
Berl.-Sib.-B. (1./1½)	4½	62,85	bzG			
do. (1½,4)	63,00	G				
do. Goldrente	4	47,00	bz			
do. Papierrente	4	62,60	G			
do. Säcr.-Präm.-Anl.	5	130,90	G			
do. von 1876	5	88,70	bz			
do. Anleihe 1877	5	88,73	bz			
do. do. 1880	5	96,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			
do. Anleihe 1877	5	91,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			
do. Anleihe 1877	5	91,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			
do. Anleihe 1877	5	91,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			
do. Anleihe 1877	5	91,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			
do. Anleihe 1877	5	91,60	bz			
do. do. 1886	5	76,75	bzG			
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,40	bzG			
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	77,25	G			
do. Orient-Anl.v. 1775	5	55,90	bz			
do. II. do. v. 1878	5	57,27	bz			
do. III. do. v. 1879	5	65,6	bz			
do. Engl. v. 1871	5	58,70	bz			
do. do. v. 1872	5	88,73	bz			